

# Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Berichte · Nachrichten · Meinungen

## Allgemeines

### UN-Reform: Annans Pläne – Realismus und Resignation – Volksversammlung zur Jahrtausendwende – Neugliederung in Sektoren – Personalabbau – Rolle der UN-Gesellschaften im Informationsbereich (16)

Nichts weniger als eine »stille Revolution« hat UN-Generalsekretär Kofi Annan ausgerufen, als er am 16. Juli in New York den Mitgliedstaaten seinen fast 100 Seiten starken Bericht »Erneuerung der Vereinten Nationen: ein Reformprogramm« (Renewing the United Nations: A Programme for Reform) mit zahlreichen detaillierten Vorschlägen vorstellte (UN-Dok. A/51/950 v. 14.7.1997; deutsch ist es als Nr. 69 der »Blauen Reihe« der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen erschienen).

Seine Vorschläge seien »die tiefgreifendsten und weitreichendsten Reformen in der 52-jährigen Geschichte unserer Organisation«, betonte Annan in seiner Rede vor der Generalversammlung. »Ich habe mich mit Nachdruck um eine Kultur der Reform bemüht, seit ich mein Amt angetreten habe«, erklärte der Generalsekretär. »Heute machen wir einen bedeutenden Schritt nach vorne.« Im Kern will er einzelne Abteilungen des UN-Sekretariats zusammenlegen, die Tätigkeit der Hauptabteilungen und Spezialorgane stärker koordinieren, Personal entlassen und die Verwaltungskosten senken. Gefragt sei ein effizienterer Arbeitsstil, mahnt Annan seit seiner Amtsübernahme im Januar. Um die von zahlungsunwilligen Mitgliedern verursachte Finanznot zu beheben, schlägt Annan vor, »aus freiwilligen Beiträgen oder auf eine andere von den Mitgliedstaaten vorgeschlagene Weise« einen Kreditfonds »mit einer Kapitalausstattung von bis zu 1 Mrd Dollar« zu schaffen.

### Lange Vorgeschichte

In der Öffentlichkeit unbeachtet blieb, daß praktisch gleichzeitig auch die seit 1995 tätige, allen UN-Mitgliedstaaten offenstehende Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Generalversammlung zur Stärkung des Systems der Vereinten Nationen ihre Schlußfolgerungen vorlegte (UN Doc. A/51/24 v. 18.7.1997). Die von ihr vorgeschlagenen rund 80 Maßnahmen haben das Verfahren bei der Berufung des Generalsekretärs – für den die Beschränkung auf eine Amtszeit eingeführt werden könnte –, die Einführung einheitlicher Bedingungen für die Besetzung der Spitzenpositionen der Spezialorgane (vierjährige Amtszeit mit der Möglichkeit einmaliger Verlängerung) und eine Straffung der Arbeit der Generalversammlung (Begrenzung der Generaldebatte auf zwei Wochen sowie Beschränkung der dort gehaltenen Reden auf 20 Minuten und der sonstigen Debattenbeiträge auf eine Viertelstunde) zum Gegenstand. Einige der in dieser Plenararbeitsgruppe diskutierten prakti-

schen Vorschläge, so die zur Schaffung einer neuen, pyramidenförmigen Struktur an der Spitze des Sekretariats, waren bereits in Annans Reformpaket eingegangen.

Die Diskussion um eine Reform ihrer Tätigkeit begleitet die Weltorganisation somit seit geraumer Zeit, eigentlich schon seit ihren Anfangsjahren. Ein Beispiel dafür bietet das durchaus wechselhafte Schicksal der Reform – der »Neugliederung und Neubelebung« – der Vereinten Nationen im Wirtschafts- und Sozialbereich (vgl. VN 2/1997 S. 69ff.). Etwas zugespitzt ließe sich sagen: Alle reden von der Reform der Vereinten Nationen – und jeder meint damit etwas anderes. Traditionell verstehen die Länder des Südens unter einer Reformierung der Organisation die Einräumung eines angemesseneren, ihrem Anteil an der Weltbevölkerung eher entsprechenden Einflusses in den Entscheidungsgremien und eine stärkere Entwicklungsorientierung des gesamten UN-Systems, während die westlichen Industrieländer vornehmlich auf Sparsamkeit und Effizienz achten. Für die letztgenannten Aspekte einer Reform haben sich die Vereinigten Staaten mit ihrem ganzen Gewicht eingesetzt; auf ihren Druck hin erfolgte die Schaffung des Amtes für Interne Aufsichtsdienste, das unter Leitung eines aus Deutschland stammenden Untergeneralsekretärs steht (vgl. Karl Theodor Paschke, Innenrevision in den Vereinten Nationen – eine neue Erfahrung, VN 2/1996 S. 41ff.). Zu dem Anliegen, die Effizienz der Weltorganisation bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu verstärken, ist allerdings in den letzten Jahren der Versuch der USA getreten, die Vereinten Nationen nicht nur zu verschlanken, sondern sie gleich auf eine Art Nulldiät zu setzen.

Nach seinem Amtsantritt zu Jahresbeginn setzte der neue Generalsekretär erwartungsgemäß einen besonderen Akzent auf das Reformvorhaben. Als »Exekutivkoordinator für die Reform« berief er im Range eines Untergeneralsekretärs den UN-Veteranen Maurice Strong. Der Kanadier hatte, ungewöhnlich genug, in seinem Berufsleben immer wieder zwischen der Privatwirtschaft und den Vereinten Nationen hin und her pendelt. Tätig war er nun ehrenamtlich – gegen 1 Dollar Gehalt. Freilich äußerte sich die amerikanische Außenministerin wiederholt skeptisch über seine Person; die US-Regierung sah in Strong nicht den radikalen Reformen, sondern den Bewahrer von zig Pöstchen und Ämtern für die Dritte Welt. Eine Ironie der Reformgeschichte ist, daß im Vorfeld der Veröffentlichung von Annans Bericht ausgerechnet eine US-Amerikanerin, die UNICEF-Exekutivdirektorin Carol Bellamy, Strong's einschneidendsten Vorschlag zu Fall brachte: die Zusammenlegung aller Abteilungen und Programme der beiden Bereiche Humanitäres und Entwicklung (womit auch die weitgehende Eigenständigkeit des Kinderhilfswerks beseitigt worden wäre).

»Die UN müssen sich reformieren oder ster-

ben«, hatte Strong betont, nachdem ihn Annan Anfang des Jahres mit seiner Aufgabe betraut hatte. Weniger dramatisch äußerte sich der Generalsekretär selbst in seinem Bericht: »Reform ist letzten Endes ein Prozeß und nicht ein einmaliges Ereignis.« In seinen zwei Teilen enthält das Dokument zunächst einen Überblick über die zentralen Bestandteile der Reform samt einer Vorstellung der neuen Führungsstruktur, sodann eine detaillierte Darstellung des gesamten Projekts. Entsprechend der Aufgabenzuweisung, die in der Charta vorgenommen wurde, hat die Reform unterschiedliche Adressaten: die Organisation selbst – hier kann der Generalsekretär seine Kompetenzen ausschöpfen und bestimmte Maßnahmen selbst umsetzen – und die Mitgliedstaaten. Deren Vertreter entscheiden in der Generalversammlung, ob sie sich Vorschläge Annans (etwa im Bereich der Finanzierung) zu eigen machen oder auch nicht.

Inhaltlich setzt Annan drei Schwerpunkte: organisatorisch, finanziell und konzeptionell. Organisatorisch-administrativ geht es in erster Linie um Verbesserungen im Management, die zahlreiche Einzelmaßnahmen – bis hin zur Auslagerung von Unterstützungsdiensten – umfassen. Im Bereich der Finanzen geht es um die eingangs erwähnte Schaffung eines revolvingierenden Kreditfonds, während die konzeptionellen Vorstellungen sich auf die Verwendung der durch die Reform eingesparten Mittel (zugunsten der Entwicklungsländer), die Einbeziehung der Zivilgesellschaft (»Millenniums-Volksversammlung« parallel zur »Millenniums-Generalversammlung« im Jahre 2000) und eine neue Aufgabenzuweisung für den Treuhandrat (Verantwortung für die Umwelt und das übrige gemeinsame Erbe der Menschheit) erstrecken.

Zugrunde liegt den Gedanken Annans eine nüchterne Neubewertung der Rolle der UN. Die Euphorie nach dem Ende des Kalten Krieges ist verfliegen; die weltweite Ordnungsfunktion, die Boutros Boutros-Ghali den Vereinten Nationen zuweisen wollte, konnten sie nicht ausfüllen. Die Verantwortung dafür tragen die Mitglieder, denn mitunter »gingen operative Mandate weit über die Ressourcen hinaus, die der Organisation von den Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt wurden, wodurch eine unüberbrückbare Kluft zwischen dem gegebenen Bedarf und den vorhandenen Erwartungen einerseits und der Leistungserbringung andererseits entstand. In anderen Fällen sind die Vereinten Nationen einfach nicht die kompetenteste Stelle für die Lösung des gerade anstehenden Problems.« (Ziffer 11) Realität ist folgendes: »Friedensschaffende und Menschenrechtsmaßnahmen wie auch Friedenssicherungseinsätze entbehren einer sicheren finanziellen Grundlage, was die Erfolgchancen solcher Einsätze schwer beeinträchtigt.« (Ziffer 109)

Vom Realismus zur Resignation aber scheint es manchmal nur ein kleiner Schritt zu sein. Die zutreffende Feststellung, daß derzeit die UN »nicht über die institutionelle Kapazität zur

Durchführung militärischer Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII« verfügen, bringt den Generalsekretär dazu, »Ad-hoc-Zusammenschlüsse von Mitgliedstaaten« als »das wirksamste Abschreckungsmittel gegen Angriffe« anzusehen. An der bisherigen Praxis der Legitimation solcher Einsätze durch den Sicherheitsrat sollte aber festgehalten werden (Ziffer 107).

Völlig verzichtet hat Annan in seinem Bericht auf die Idee einer Schnelleingreiftruppe unter UN-Flagge. Offensichtlich will er kein Mißverständnis im US-Kongreß riskieren, der den Vereinten Nationen immer wieder unterstellt hatte, mit eigenen Truppen die Souveränität der Supermacht USA untergraben zu wollen.

#### Umfangreicher Maßnahmenkatalog

In einigen Punkten hat Annan auf Forderungen Washingtons reagiert, so zum Beispiel mit dem Vorhaben der Ernennung eines Stellvertretenden Generalsekretärs (Deputy Secretary-General), der die Verwaltung durch den Alltag führen und die Organisation in seiner Abwesenheit leiten soll. Annans Amtsvorgänger Boutros-Ghali hatte sich stets gegen einen solchen zweiten Mann an der Spitze gewehrt. Unter dem Stellvertreter soll eine Hocharrangige Managementgruppe (Senior Management Group) ange-

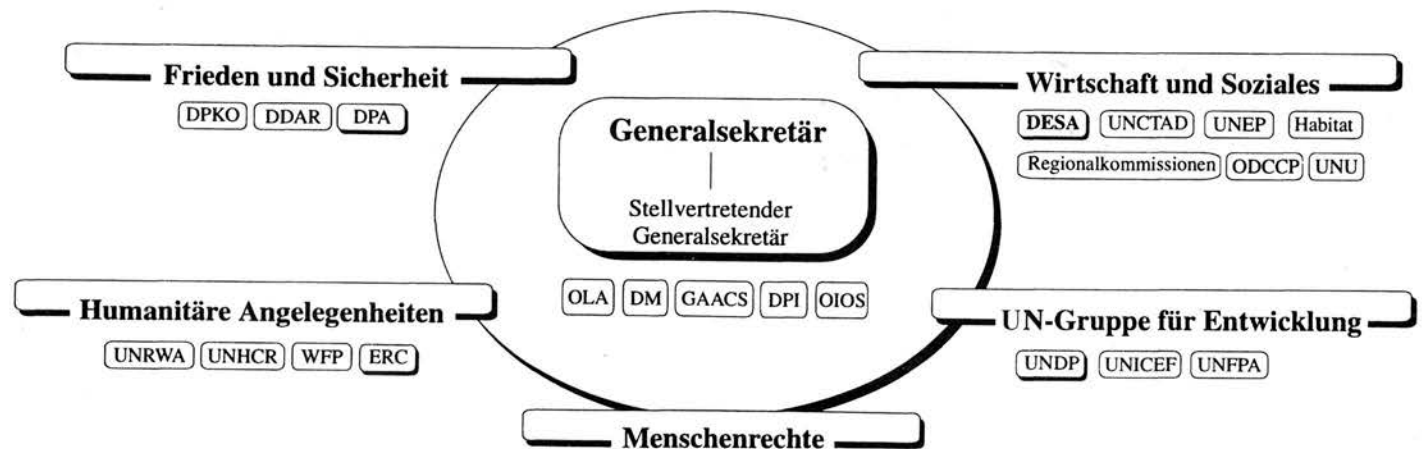
siedelt werden – quasi ein Arbeitskabinet, das den Generalsekretär im Alltag in Finanz- und Verwaltungsfragen beraten soll. Für langfristige Planung soll eine Strategische Planungseinheit (Strategic Planning Unit) ins Leben gerufen werden, um Trends und globale Probleme rechtzeitig zu erkennen. Insgesamt 12 Sekretariats-einheiten werden zu fünf Bereichen zusammengefaßt: Frieden und Sicherheit, Wirtschaft und Soziales, Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Angelegenheiten und Menschenrechte; gleichzeitig wird das Augenmerk auf die Einhaltung der Menschenrechte als Querschnittsaufgabe der gesamten Organisation verstanden. Das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte soll gestärkt werden, indem ihm das Menschenrechtszentrum unmittelbar zugeordnet wird. Jeder der fünf neuen Sektoren soll mit je einem Vertreter im Arbeitskabinet vertreten sein.

In jedem der erstgenannten vier Schwerpunktbereiche soll ein Exekutivausschuß (Executive Committee) die sich bislang teilweise überlappenden Programme koordinieren, die Kommunikation erleichtern und Kosten senken. Der Stellvertretende Generalsekretär soll die vier Exekutivausschüsse koordinieren. Spezialorgane sollen künftig nicht mehr getrennt vom UN-Sekretariat auftreten, sondern in den Ländern

»unter einer Flagge« firmieren. Um Zusammengehörigkeit zu demonstrieren und unnötige Kosten zu vermeiden, sollen sie künftig in »Häusern der Vereinten Nationen« zusammengelegt werden; das erste derartige Haus besteht bereits in Südafrika.

Das UNDP, das UNICEF und das UNFPA sollen mittels einer »Gruppe für Entwicklung« (UN Development Group) stärker koordiniert werden. Ähnliches gilt für UNRWA, UNHCR und WFP im Rahmen des Sektors Humanitäre Angelegenheiten; in diesem Bereich kommt noch das neue Amt des Nothilfekoordinators (Emergency Relief Coordinator, ERC) hinzu – ein Amt, das in ähnlicher Form bereits bis 1992 bestand. In Wien will Annan aus den bestehenden Einrichtungen ein neues »Büro für Drogenbekämpfung und Verbrechenverhütung« bilden. Die jährlichen Ausgaben der Vereinten Nationen will der Generalsekretär um insgesamt 13 vH kürzen und die »Entwicklungsdividende« in Höhe von rund 100 Mill US-Dollar den Entwicklungsprogrammen übertragen. Das Budget soll um 30 vH, die Zahl der Mitarbeiter um genau ein Viertel sinken (verglichen mit dem Stand von 1985). Der Anteil der Verwaltungskosten soll von 38 auf 25 vH verringert werden; zuviel Geld sei in der Vergangenheit beispielsweise für Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben

## UN: die neue Rahmenstruktur



**DDAR** (Department for Disarmament and Arms Regulation): Hauptabteilung Abrüstung und Rüstungsregelung · **DESA** (Department of Economic and Social Affairs): Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten · **DM** (Department of Management): Hauptabteilung Management · **DPA** (Department of Political Affairs): Hauptabteilung Politische Angelegenheiten · **DPI** (Department of Public Information): Hauptabteilung Presse und Information · **DPKO** (Department of Peacekeeping Operations): Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze · **ERC** (Emergency Relief Coordinator): Amt des Nothilfekoordinators · **GAACS** (Department of General Assembly Affairs and Conference Services): Hauptabteilung Angelegenheiten der Generalversammlung und Konferenzdienste · **Habitat** (United Nations Centre for Human Settlements): Zentrum der Vereinten Nationen für Wohn- und Siedlungswesen · **ODCCP** (Office of Drug Control and Crime Prevention): Büro für Drogenbekämpfung und Verbrechenverhütung · **OIOS** (Office of Internal Oversight Services): Amt für interne Aufsichtsdienste · **OLA** (Office of Legal Affairs): Bereich Rechtsangelegenheiten · **UNCTAD** (United Nations Conference on Trade and Development): Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen · **UNDP** (United Nations Development Programme): Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen · **UNEP** (United Nations Environment Programme): Umweltprogramm der Vereinten Nationen · **UNFPA** (United Nations Population Fund): Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen · **UNHCR** (United Nations High Commissioner for Refugees): Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge · **UNICEF** (United Nations Children's Fund): Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen · **UNRWA** (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East): Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten · **UNU** (United Nations University): Universität der Vereinten Nationen · **WFP** (World Food Programme): Welternährungsprogramm

worden. Die Öffentlichkeitsarbeit in den Mitgliedstaaten soll verstärkt werden (derzeit werden dort 40 vH der entsprechenden Mittel ausgegeben). Dazu sollen »auf ideenreiche Weise« vor Ort Partnerschaften mit den nationalen Gesellschaften für die Vereinten Nationen und anderen Nichtregierungsorganisationen eingegangen werden (Ziffer 253).

Aus der Ersparnis – unter anderem auch durch weniger Sitzungen und weniger Dokumente – soll ein »Sonderhaushalt für wirtschaftliche und soziale Entwicklung« gespeist werden, der im Jahre 2002 etwa 200 Mill Dollar umfassen soll. Um dieses Ziel zu erreichen, will Annan jeder Abteilung und jedem einzelnen Amt Einsparungsvorgaben machen.

Das Personalstatut soll um einen Verhaltenskodex für UN-Bedienstete ergänzt werden. Bei der Besetzung von Schlüsselpositionen soll Annan künftig ein Team externer Berater helfen. 1000 Stellen sollen abgebaut werden; eine Maßnahme, die bereits vor Monaten beschlossen worden war. Immerhin beschäftigen die UN mehr Mitarbeiter in der Personalführung als andere vergleichbare Organisationen (das Verhältnis liegt bei 1 zu 37). Das Durchschnittsalter der UN-Mitarbeiter beträgt 49 Jahre. Das heißt: Im kommenden Jahrzehnt werden etwa 4500 Mitarbeiter, also beinahe die Hälfte, in den Ruhestand gehen. Dies biete Gelegenheit, die Belegschaft zu verjüngen. Zudem will Annan die Ausgaben für Aus- und Weiterbildung »leicht erhöhen«.

#### *Geteiltes Echo*

»Die Reform zielt ab auf eine neue Managementkultur und auf einen neuen Führungsstil im Sekretariat«, sagte Karl Theodor Paschke, seit Herbst 1994 »Generalinspekteur« der UN. Die Vereinten Nationen seien schwerfällig geworden, reagierten nicht mehr schnell genug und hätten ein »fürchterlich kompliziertes Regelwerk«. »Die Reform soll das ändern, das ist ihr Kernstück«, so Paschke. Allerdings benötigt Annan für die meisten seiner Vorhaben die Zustimmung der 185 Mitglieder. Es bleibt also abzuwarten, wie viele Vorschläge er tatsächlich umsetzen kann.

Die EU-Staaten haben sich hinter Annan gestellt. »Die Reform kann nur Erfolg haben, wenn die Arbeit der Vereinten Nationen nicht nur rationalisiert und vereinfacht wird, sondern die Organisation auch dadurch gestärkt wird, daß sie über sichere und planbare Finanzmittel verfügt«, hieß es in einer Stellungnahme der luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft.

Skeptisch äußerten sich einige Entwicklungsländer, weil sie befürchten, daß nur im Entwicklungsbereich gekürzt wird. Der UN-Botschafter Neuseelands sagte zugleich im Namen Australiens und Kanadas, die drei Länder würden auf keinen Fall Maßnahmen zustimmen, die eine Schwächung der Weltorganisation zur Folge hätten – ein Seitenhieb auf die vom US-Kongreß geforderte Radikalkur, die auf eine Schwächung der politischen Rolle der UN hinausläuft.

Die Regierung in Washington lobte Annans Bemühungen vorsichtig; Michael McCurry, der Sprecher des Präsidenten, nannte die Vorschlä-

ge »ermutigend«. Außenministerin Madeleine Albright sagte, die US-Regierung unterstütze »aus vollem Herzen die Bemühungen (Annans) zur Verbesserung des Managements und der Effizienz, zur Kostensenkung und der Konzentration auf die wichtigsten Missionen der UN«. Sie benötige jedoch mehr Zeit, um den Plan genauer zu prüfen. Der amerikanische UN-Botschafter Bill Richardson erklärte, Annans Pläne gingen in die richtige Richtung.

Doch die den UN feindlich gesonnenen Abgeordneten des von den Republikanern beherrschten Kongresses, auf die es bei der Bewältigung der Finanzkrise letztlich ankommt, verweigern weiterhin die Zahlung der US-Schulden. Annans Vorschläge gingen nicht über den Status quo hinaus, kritisierte Senator Rod Grams vom Unterausschuß für internationale Organisationen. Der republikanische Senator aus Minnesota bezeichnete Annans Reformvorschläge als »mageres Paket«, das »nicht akzeptabel« sei, und monierte, daß Annan kein einziges Programm aufzulösen beabsichtige, sondern neue Programme schaffen wolle.

Die Bemühungen des Generalsekretärs, den Hauptschuldner USA zur Zahlung seiner Schulden in Höhe von 1,3 Mrd Dollar zu bewegen, sind somit ungeachtet des Anlaufs zur UN-Reform steckengeblieben. Dabei hatten sich im Juni Demokraten und Republikaner im US-Senat darauf geeinigt, die Schulden zu begleichen. Allerdings beschlossen sie eigenmächtig, daß sie statt der 1,3 Mrd nur 819 Mill Dollar schuldeten. Die Differenz von 500 Mill Dollar, so befanden die Sensoren recht willkürlich, sei darauf zurückzuführen, daß die UN den USA noch Gelder schuldeten für amerikanische Transportleistungen im Zuge von Friedensoperationen. Diese eigenwillige Sichtweise geht vor allem auf den erzkonservativen republikanischen Senator Jesse Helms zurück, der dem außenpolitischen Ausschuß des Senats vorsteht. Dabei hatten weder die US-Regierung noch Helms in den vergangenen Jahren gegen die Berechnungen der UN, nach denen sich auch alle anderen Länder richten, offen protestiert.

Irritierend an dem Kompromiß vom Juni war freilich schon die Art gewesen, wie ihn die Regierung präsentiert hatte. Weder Präsident Clinton noch Außenministerin Albright – die im letzten Herbst auf die Ablösung von Boutros-Ghali und die Wahl Annans gedrungen hatte – kritisierten Helms deswegen, weil er internationale Verträge zu brechen beabsichtigt. Im Gegenteil ließen sie verlauten, daß sie eigentlich ja nie wirklich versprochen hätten, die amerikanischen Schulden zu begleichen, falls man Boutros-Ghali fallen lasse. Sie hätten nur gesagt, mit Boutros-Ghali bestehe überhaupt keine Aussicht auf Zahlung. Erinnert man sich daran, wie reibungslos Helms die Ernennung Albrights zur Außenministerin im Januar hat passieren lassen, dann wird deutlicher, worin der eigentlich Deal liegt: Boutros-Ghali mußte gehen, Clinton gewann die Wahl, Albright bekam den Ministerposten – und Helms darf die UN mit stiller Billigung der US-Regierung weiterhin demütigen.

Fazit: Die Reform der Weltorganisation ist nötig und auch möglich. Ihre Finanzprobleme aber bleiben ungelöst, solange sich einflußreiche Kreise in Washington ihr Feindbild UN selbst

von einem amerikafreundlichen und überaus reformbereiten Generalsekretär nicht nehmen lassen wollen.

Thomas Schuler □

## Politik und Sicherheit

### **Weltraum: 40. Tagung des Ausschusses – Tagesordnung für UNISPACE III verabschiedet – Überprüfung der Weltraumverträge – Deutsche Initiative zur geostationären Umlaufbahn (17)**

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 4/1996 S. 158f. fort.)

Wie ein roter Faden durchzog die im Vorjahr getroffene Entscheidung zur Abhaltung einer dritten Weltraumkonferenz der Vereinten Nationen (UNISPACE III) die Arbeit des 61 Staaten umfassenden Ausschusses für die friedliche Nutzung des Weltraums (kurz: Weltraumausschuß; Zusammensetzung: S. 160 dieser Ausgabe) im Jahre 1997. Sowohl die Sitzungsperioden der Unterausschüsse für Wissenschaft und Technik vom 17. bis 27. Februar sowie für Recht vom 1. bis 8. April als auch die Tagung des Hauptausschusses vom 2. bis 10. Juni – die vierzigste in der Geschichte des Gremiums – standen ganz im Zeichen dieses Großereignisses. Sämtliche Zusammenkünfte fanden wiederum in Wien statt, dem Tagungsort des Ausschusses seit der Übersiedelung der Weltraumabteilung des UN-Sekretariats aus New York im Jahre 1994.

I. Die UNISPACE III wird vom 19. bis 30. Juli 1999 in Wien als eine allen UN-Mitgliedstaaten offenstehende Sondertagung des Weltraumausschusses stattfinden. Die Veranstaltung wird unter dem Motto »Raumfahrt zum Nutzen der Menschheit im 21. Jahrhundert« stehen. Neben der Regierungskonferenz soll ein breit angelegtes Rahmenprogramm mit Seminaren und Ausstellungen die Anwendungsmöglichkeiten der Raumfahrt weltweit der Öffentlichkeit nahebringen. Die vom Unterausschuß Wissenschaft und Technik ausgearbeitete und vom Hauptausschuß verabschiedete Tagesordnung der Regierungskonferenz spiegelt die Orientierung auf den direkten Nutzen aus der Raumfahrt darin wider, daß vor allem Satellitenanwendungen im Bereich der Erdbeobachtung und der Telekommunikation im Vordergrund stehen werden. Dabei sollen das Ressourcenmanagement, die Umweltbeobachtung, das Katastrophenmanagement, die Gesundheitsvorsorge, die Ausbildung und die Verwirklichung der internationalen Informations- und Mobilitätsgesellschaft einen breiten Raum in den Beratungen einnehmen. Eingerahmt wird dies durch Präsentationen über die wissenschaftliche Erforschung der Erde sowie Überlegungen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und die Ausschöpfung der technologischen Erkenntnisse aus der Raumfahrt auch für andere Bereiche.

Noch ist nicht abzusehen, zu welchen Ergebnissen oder Initiativen die UNISPACE III führen wird. Die Vorgängerkonferenzen 1968 und 1982 waren noch durch politische Konfrontationen zwischen Ost und West beziehungsweise